

Landesverband
Niedersachsen e.V.

BUND Kreisgruppe Hildesheim, Scheelenstraße 22, 31134 Hildesheim

Kreisgruppe Hildesheim
Scheelenstr. 22
31134 Hildesheim

An die Mitglieder des Stadtrats Hildesheim

Tel.: (0 51 21) 157 274
Fax: (0 51 21) 3 29 22
matthias.koehler@bund.net

www.bund-hildesheim.de/

19.03.2022

Ratssitzung am 21.3.2022, Verkauf des Grundstücks am PvH Berücksichtigung des Klima- und Bodenschutzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben möchten wir sie bitten, dem Verkauf des Grundstücks am PvH nicht zuzustimmen und eine weitere inhaltliche Debatte zu führen.

Bislang kreiste die Diskussion um die Frage der Anzahl der Parkplätze, städtebauliche Aspekte und den Verkaufspreis. Der Baumschutz spielte ebenfalls eine Rolle. Dies reicht jedoch nicht aus. Wir vermissen eine Auseinandersetzung mit den Zielen des Klima- und Bodenschutzes, schließlich geht es hier um die Entscheidung, eine große, unversiegelte Fläche in zentraler Lage, an der Schnittstelle zwischen Alt- und Neustadt zu bebauen. Dies erfordert eine Gesamtabwägung im Hinblick auf das städtische Umfeld, die Ziele der Stadtentwicklung und aktueller, übergeordneter Zielsetzungen.

Deutschland will und muss bis 2045 klimaneutral sein. Seit 2021 gilt in Niedersachsen die gesetzliche Vorgabe, dass die tägliche Neuversiegelung von Boden landesweit bis zum Ablauf des Jahres 2030 auf unter 3 Hektar sinken muss. Die Stadt Hildesheim muss ihren Beitrag zu diesen Zielen erbringen, hat sich jedoch noch keine eigenen Vorgaben zum Klima- und Bodenschutz gesetzt.

Aktuell kann nur festgestellt werden, dass die geplante Bebauung am PvH zwar einen Beitrag zum Erreichen einiger städtebaulicher Ziele leistet, aber dem innerstädtischen Klimaschutz, z.B. zur Vermeidung von Wärmestau, der Luftreinhaltung und -verbesserung, dem Bodenschutz durch Vermeidung von Neuversiegelung und dem Wasserrückhalt in der Fläche widerspricht.

Als Reaktion auf die Forderungen von Fridays for Future wurde „bereits“ 2019 die Einführung eines „Klima-Checks“ gefordert. Alle Verwaltungsvorlagen sollten um den Prüfpunkt „Erläuterung Relevanz Klimaschutz“ erweitert werden *„Der Klima-Check soll dazu beitragen, dass sich die Stadtverwaltung mit den Auswirkungen ihrer Vorhaben noch stärker auseinandersetzt und Aussagen zu Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel trifft.“* hieß es damals. Der Klima-Check wurde nicht beschlossen, stattdessen strebt die Stadt nun den

„European Energy Award“ an, befasst sich aber dort zunächst mit den Einsparpotentialen bei städtischen Gebäuden.

Leider gibt es daher derzeit weder ein städtisches Klima- noch ein kommunales Bodenschutzkonzept, ganz abgesehen von einem Biodiversitätskonzept. Die Stadt kann sich daher an keiner eigenen Zielsetzung zum Klima-, Boden- und Artenschutz orientieren. Auch das integrierte Stadtentwicklungskonzept ISEK 2020 (von 2012) thematisiert Klimaschutz überhaupt nicht. Dies muss beim neuen ISEK, dessen Aufstellung gerade begonnen hat, anders werden.

Die Stadtverwaltung begründet den Grundstücksverkauf zugunsten der Bebauung mit dem Ergebnis eines Architekturwettbewerbs aus dem Jahr 2008. Abgesehen davon, dass aus diesem Wettbewerb kein Sieger mit einem überzeugenden Konzept hervorging, hat sich seitdem die Sicht auf die Folgen des Klimawandels und dessen Konsequenzen für die städtebauliche Entwicklung geändert. Während andere Städte das Anpflanzen von „City Forests“ planen und auf dem Wege zur „Schwammstadt“ sind, soll in Hildesheim ein großes, innerstädtisches Grundstück bebaut werden, ohne über die Auswirkungen auf das Stadtklima zu diskutieren und ohne über ein Stadtentwicklungskonzept zu verfügen, das Klima- und Bodenschutz angemessen berücksichtigt. Wird die Grünfläche bebaut, ist sie für die Einbindung in ein solches nachhaltiges Innenstadtkonzept unwiderruflich verloren.

Der Park am PvH weist einen zum Teil 200 Jahre alten Baumbestand auf. Durch Staubfilterung, Verdunstung und Sauerstoffproduktion verbessern sie die Stadtluft. In Kombination mit der Verschattung verringert sich die Lufttemperatur. An heißen Tagen kann die Temperatur in solchen „grünen Oasen“ um einige Grad kühler sein als im bebauten Umfeld. Bäume und unversiegelter Boden erbringen einen positiven Beitrag zum Stadtklima. Dieser Beitrag muss an anderer Stelle erbracht werden, wenn die Fläche bebaut wird. Raum dafür steht aber kaum noch zur Verfügung, wie die Diskussion um die am Rosenhagen geplante Grünfläche gezeigt hat. In jedem Fall müsste der PvH selbst und sein Umfeld (Goslarsche-, Wollenweber- und Küsthardstraße) teilentsiegelt und durch mehr Grün und Wasser aufgewertet werden.

Im Zuge der Umsetzung des Green City Plans wurde eine emissionsarme Mobilität als wichtiges Ziel definiert, womit insbesondere die Reduzierung von Luftschadstoffen im Stadtgebiet zum Ziel erklärt wurde. Die Belassung der Freifläche würde lokal am PvH einen substanziellen Beitrag dazu leisten, und das ohne große Investitionen.

Fraglos kann der Park aufgewertet werden. Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch. Momentan ist er u.a. durch einen deplatzierte Fahrradunterstand vom Stadtraum abgeschnitten. Kein Weg führt von der belebten Kreuzung in den Park hinein, sondern nur Wege darum herum. Die Summe verschiedener Elemente entscheidet über die Attraktivität einer Kommune. Dazu gehört das Stadtgrün genauso wie Wohn- und Einzelhandelsangebote oder die Gastronomie. Die „Stadt als Lebensraum“ (ISEK 2020) braucht nicht nur graue, sondern auch Grüne Infrastruktur

Bitte prüfen Sie daher, ob Sie diese öffentliche Grünfläche ohne nochmalige inhaltliche Prüfung und ohne Not direkt zur Bebauung freigeben möchten und schaffen Sie die Voraussetzungen dafür, dass bei künftigen Entscheidungen der Stadtentwicklung der Klima- und Bodenschutz sowie alle Aspekte der Nachhaltigkeit die ihnen angemessene Bedeutung erlangen.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Köhler
für den Vorstand der BUND Kreisgruppe Hildesheim